

Bündnis „Ernährungswende in Frankfurt“
Wahlprüfsteine zur Kommunalwahl 2026

Antworten der SPD Frankfurt am Main

Maßnahmen für den Erhalt und die Stärkung der bio-regionalen Wertschöpfungsketten und der Ernährungssouveränität

Fragen:

- 1. Wie möchte Ihre Partei in der nächsten Amtsperiode konkret dazu beitragen, den Anteil an regional erzeugten Bio-Produkten in der Frankfurter Gemeinschaftsverpflegung zu erhöhen und regionale Wertschöpfungsketten zu stärken – mit Blick auf Gesundheit, Nachhaltigkeit und Versorgungssicherheit in Krisenzeiten?**

Die Qualität des Essens für die Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung auf die die Stadt Frankfurt Einfluss nehmen kann, orientiert sich an den Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung e. V. (DGE).

Da sich die Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung e. V. (DGE) bewährt haben und sie eine gute Basis für eine ausgewogene und umweltverträgliche Schulverpflegung bildet, fordert die Stadt Frankfurt am Main in der Schulverpflegung die Umsetzung der Qualitätsstandards der DGE. Damit erhalten alle Schülerinnen und Schüler eine vollwertige Schulverpflegung, denn es müssen vom Konzessionsnehmer jeden Tag zwei vollwertige und bedarfsgerechte Mittagessen angeboten werden.

Schon jetzt wird gefordert, dass regionale, saisonale und Produkte aus zertifizierter ökologischer Erzeugung bevorzugt verwendet werden. Es gibt die Vorgabe der Stadt Frankfurt, bei Ausschreibungen für das Schulcatering einen Mindestanteil von 30 Prozent Bio-Produkten in der Verpflegung der Schülerinnen und Schüler durchzusetzen. Wir halten es aber nicht für realistisch die Gemeinschaftsverpflegung ausschließlich durch regional erzeugte Bio-Produkte zu gewährleisten.

- 2. Wie kann die Stadt Frankfurt als Arbeitgeberin mit gutem Beispiel voran gehen und für gesunde, bioregionale Versorgung der Mitarbeitenden sorgen?**

Wie oben erläutert muss das Speisenangebot in den Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung bestimmte Kriterien erfüllen. Darüber hinaus sind Kampagnen bei den Mitarbeitenden zur gesunden Ernährung denkbar. Letztlich bleibt die Entscheidung über die Essgewohnheiten aber selbstverständlich jedem Mitarbeitenden selbst überlassen.

- 3. Wird ihre Partei die Zertifizierung als nachhaltiges Reiseziel und die Ausweitung der teilnehmenden gastronomischen Betriebe unterstützen?**

Wir vermuten, dass hier die TOURCert-Zertifizierung gemeint ist. Die Destination Frankfurt/RheinMain trägt seit Ende 2024 den Titel „Nachhaltiges Reiseziel“ sowie das zugehörige Siegel von TourCert. Aktuell haben sich 21 Frankfurter Betriebe als Partnerbetriebe zertifizieren lassen. Die Zertifizierung ist für die Betriebe kostenlos. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Tourismus & Congress GmbH Frankfurt nochmal eine Kampagne bei relevanten Betrieben zur Zertifizierung startet. Letztlich ist dies aber eine unternehmerische Entscheidung jedes einzelnen Betriebs.

4. Werden Sie in ihrer Amtszeit das Foodtura Festival und andere niedrigschwellige B2B und B2C Formate zur Förderung von bio-regionaler Ernährung unterstützen?

Das Foodtura Festival in Frankfurt wird vom Dezernat Wirtschaft, Recht und Stadtmarketing der Stadt Frankfurt am Main gefördert. Gegen eine weitere Förderung im bisherigen Rahmen spricht aus unserer Sicht nichts. Ob weitere Formate gefördert werden sollen müssen die zuständigen Dezernate entscheiden.

Verbesserung der städtischen Schul- und Kitaverpflegung und Unterstützung durch strategische Ausschreibungen

Fragen:

1. Wie werden Sie sich für Maßnahmen einsetzen, mit denen das bestehende System europaweiter Neuausschreibungen im Sinne der ökologischen, pädagogischen, sozialen und regionalwirtschaftlichen Ziele verbessert werden kann?

Es besteht wenig Aussicht für die Stadt Frankfurt das System der Neuausschreibungen positiv zu beeinflussen. Wir favorisieren daher eine Rekommunalisierung der Schul- und Kitaverpflegung.

2. Wie könnte für Sie ein niedrigschwelliger Einstieg in die Selbstverwaltung über ein Pilotprojekt mit mehreren Schulen aussehen?

Ob ein solches Pilotprojekt zur Verbesserung der Essensversorgung sinnvoll ist, ist eine Fachfrage und keine politische Frage. Sofern der Nutzen zu vertretbaren Kosten nachgewiesen wird, wird die SPD einen solchen Vorstoß unterstützen.

3. Welche Möglichkeiten sehen Sie, dem Mittagessen in Schulen im Rahmen des zukünftigen Ganztagesangebots einen qualitativ und zeitlich guten Rahmen zu geben?

Wir sehen hier kein grundsätzliches Problem. Allerdings macht die räumliche Situation in manchen Fällen recht knapp bemessene Zeitfenster für das Mittagessen erforderlich. Wo dies mit vertretbarem Aufwand möglich ist, sollten diese Situationen vermieden werden. Aber der wünschenswerte Idealzustand lässt sich nicht überall realisieren.

4. Welche Möglichkeiten sehen Sie über städtische Kitas ein Pilotprojekt zu gesunder Ernährung mit den vom Bund geforderten 30% Bioanteil umzusetzen?

Es gibt bereits die Vorgabe der Stadt Frankfurt, bei Ausschreibungen für das Schulcatering einen Mindestanteil von 30 Prozent Bio-Produkten in der Verpflegung der Schülerinnen und Schüler durchzusetzen. Auch für die KITAS sollte dieses Ziel zum Standard werden.

EU-Verbot von Einwegverpackungen und Maßnahmen auf kommunaler Ebene zur Abfallvermeidung

Fragen:

1. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um Einwegverpackungen bzw. Einweggeschirr bei öffentlichen Veranstaltungen zu reduzieren?

Auf dem Frankfurter Weihnachtsmarkt gilt die Mehrwegpflicht schon länger. Die städtische Tourismus + Congress GmbH Frankfurt am Main (TCF) hat diese Mehrwegpflicht auch auf alle von ihr veranstalteten Feste ausgeweitet. Das unterstützen wir ausdrücklich. Bei Festen die von privaten Veranstaltern durchgeführt werden, kann eine Mehrwegpflicht nur auf freiwilliger Basis erfolgen. Gerade bei kleineren ehrenamtlich organisierten Festen in den Stadtteilen ist das logistisch nicht immer umsetzbar. Zwar gibt es einen städtischen Fonds zur Unterstützung solcher Feste, der auf eine Initiative der SPD zurückgeht, dennoch halten wir es nicht für angebracht die ausschließliche Verwendung von Einweggeschirr bei Veranstaltungen im öffentlichen Raum verpflichtend einzufordern.

2. Welche Möglichkeiten sehen Sie, um zum Überleben der Unverpacktläden als Leuchtturmkonzepte für die angestrebten Zero-Waste-Ziele zu sichern?

Wir sehen es nicht als eine Aufgabe der Stadt Frankfurt an, einzelne Bereiche des Einzelhandels gesondert zu unterstützen. Wenn das Marktpotenzial für Unverpacktläden nicht ausreicht ist das sicher bedauerlich, aber eben auch das unternehmerische Risiko der Anbieter:innen.

3. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um die Durchsetzung des Einwegplastikverbots und der Mehrwegangebotspflicht zu ermöglichen?

Die Mehrwegpflicht gilt nur für Betriebe mit einer Verkaufsfläche über 80 m² und mit mehr als 5 Beschäftigten. Für diese Betriebe muss die Durchsetzung im Rahmen von Kontrollen stattfinden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass diese Kontrollen ausgeweitet werden. Für Betriebe die gesetzlich nicht verpflichtet sind Mehrwegangebote zu machen, ist eine Unterstützung denkbar. Grundsätzlich können wir uns auch in Frankfurt die Einführung einer Verpackungssteuer vorstellen, allerdings müssen Lösungen gefunden werden, die die Betriebe nicht über Gebühr belasten (vgl. dazu NR 1357/25 – „Für eine saubere Stadt“).

4. Wie soll das Mehrwegsystm der FES Frankfurt weitergeführt werden?

Wir gehen davon aus, dass dieses Angebot weitergeführt wird und würden uns auch dafür einsetzen.

5. Sind ähnliche Initiative Förderung der Verringerung von Verpackungsmüll geplant?

Im Rahmen der Zero Waste Strategie ist auch die Unterstützung weiterer Initiativen denkbar, das ist aber zunächst eine fachliche und keine politische Frage.

6. Wie lassen sich regionale Kooperationen, die Effizienz und die Reichweite verbessern?

Auch dies muss zunächst fachlich beantwortet werden und Bedarf dann ggf. der politischen Unterstützung.

Lebensmittelverschwendung

1. Welche konkreten Maßnahmen planen Sie, um Verschwendung in der Außerhausverpflegung zu erfassen und zu reduzieren?

Siehe Oben: Unter bestimmten Voraussetzungen könnte auch in Frankfurt eine Verpackungsteuer eingeführt werden.

2. Würden Sie ein verbindliches Monitoring von Lebensmittelabfällen in kommunalen Einrichtungen (z. B. Kitas, Schulen, Krankenhäusern, Kantinen) einführen?

Wir gehen davon aus, dass der angemessene Einsatz von Lebensmitteln im wirtschaftlichen Eigeninteresse der Anbieter:innen steht. Auch bei einer angestrebten Rekommunalisierung wäre das der Fall. Angesichts der vielfältigen Kontroll- und Dokumentationspflichten wäre eine solche Verpflichtung daher aus unserer Sicht nicht angemessen.

3. Ab wann würden Sie dieses einführen?

Siehe oben.

4. Planen Sie Kooperationen mit Lebensmittelrettungsinitiativen strukturell zu unterstützen oder auszubauen?

Aktuell wäre das die Aufgabe der Anbieter:innen, es wäre wünschenswert wenn alle Anbieter:innen geeignete Wege finden um die Entsorgung von Lebensmitteln zu vermeiden bzw. zu reduzieren. Nach einer Rekommunalisierung sollten geeignete Kooperationsformen etabliert werden.

5. Wie sehen diese Kooperationen aus?

Das ist zu gegebener Zeit fachlich klären.

6. Welche quantitativen Reduktionsziele (z. B. in Prozent) setzt sich Frankfurt für die Außer-Haus-Verpflegung bis 2030?

Es wäre unredlich konkrete Zielzahlen zur Reduzierung des Verpackungsmülls zu benennen, dass ist selbst in Tübingen nicht geschehen. Dort ist aber die Zahl der mehrwegnutzenden Betriebe deutlich gestiegen. Es muss daher auch Ziel eine Verpackungsteuer in Frankfurt sein die Nutzung und Nachfrage von Mehrwegverpackungen in der Gastronomie deutlich zu steigern.

7. Wie soll die Zielerreichung überprüft werden?

Maßgeblich wäre dafür die „Ausgabebezahlen“ der am Markt aktiven Anbieter von Mehrwegsystemen.

8. Wie kann das Engagement gegen Lebensmittelverschwendung in der Außerhausverpflegung in die Zero-Waste-Strategie der Stadt Frankfurt integriert und finanziell abgesichert?

Sollte eine Verpackungsteuer eingeführt werden, sollten die Einnahmen – abzüglich der Kosten - wieder in Kampagnen und Maßnahmen u.a. zur Vermeidung von Lebensmittelverschwendung verwendet werden.

Einsatz zur Schaffung einer zuständigen Stelle für das Thema Nachhaltige Ernährung in der Stadt Frankfurt am Main zu u.a. der Erarbeitung einer kommunalen Ernährungsstrategie.

Fragen:

1. Wie wollen Sie sich dafür einsetzen, dass die zuständigen Dezernate und Ämter die gemeinsamen Ziele rund um das Thema gesunde und nachhaltige Ernährung koordiniert verfolgen?

Wir gehen davon aus, dass der Magistrat ein koordiniertes Vorgehen in den von der Stadt Frankfurt zu verantwortenden Bereichen sicherstellt. In der Regel gibt es hier feste ämterübergreifende Koordinierungsmechanismen.

2. Setzen Sie sich beispielsweise für eine zentrale zuständige Stelle für das Querschnittsthema “Nachhaltige Ernährung” in der Stadt Frankfurt am Main ein, die u.a. für eine kommunale Ernährungsstrategie und als Anlaufstelle für Anliegen der Bürgerschaft, der Vereine, Verbände und sonstigen privaten und öffentlichen Initiativen/Anfragen zuständig ist?

Sofern dargelegt wird, dass eine solche Stelle zielführend und notwendig ist, wird sich die SPD dafür einsetzen. Wir haben aber aktuell den Eindruck, dass Initiativen die sich in diesem Bereich engagieren angemessen gefördert und unterstützt werden.

Maßnahmen zur Erhaltung von fruchtbaren Böden und zur Förderung ökologisch bewirtschafteter (städtischer) Landwirtschaftsflächen

Fragen:

- 1. Wie wollen Sie fruchtbare Ackerflächen in und um Frankfurt vor Versiegelung und zur Lebensmittelversorgung, als Frischluftschneise, Wasserfilter, Klimagasspeicher und Biodiversitätsnische für zukünftige Generationen sichern?**

In einer städtischen Agglomeration gilt es viele Flächenansprüche zu berücksichtigen u.a. auch um eine weitere Zersiedelung im ländlichen Raum zu verhindern. Auch wenn für die SPD eine Priorität für die Innenentwicklung gilt, hat der Erhalt von landwirtschaftlichen Flächen im städtischen Raum keine ausschließliche Priorität. In jedem Einzelfall muss geprüft und abgewogen werden für welche Zwecke die knappen Flächenressourcen genutzt werden.

- 2. Welche Möglichkeiten sehen Sie, um die Umstellung auf den Ökolandbau auf städtischen und auf anderen Landwirtschaftsflächen in Frankfurt zu begünstigen?**

Auf nicht-städtischen Flächen sehen wir dazu keine Möglichkeit. Bei städtischen Flächen wäre bei neuen Pachtverträgen eine Kopplung an den Ökolandbau sinnvoll.

- 3. Setzen Sie sich beispielsweise für die Bevorzugung von ökologisch erzeugten Lebensmitteln aus dem Stadtgebiet oder unmittelbaren Umland, z.B. in öffentlichen Kantinen oder der privaten Gastronomie, ein?**

Ökologisch erzeugte Lebensmittel aus dem Stadtgebiet und dem unmittelbaren Umland werden den Bedarf in Frankfurt nicht abdecken. Wir gehen daher davon aus, dass hier erzeugte ökologische Lebensmittel auch ihre Abnehmer:innen finden werden. Wie bereits oben erläutert wird im städtisch zu verantwortenden Bereich bereits auf den Einsatz regional und/oder ökologisch erzeugter Lebensmittel Wert gelegt. Die private Gastronomie muss das autark entscheiden.

- 4. Wie genau sieht Ihr Einsatz dazu aus?**

Siehe oben

Angebot von bio-regionalen Lebensmitteln auf den Frankfurter Wochenmärkten

Fragen:

- 1. Mit welchen Maßnahmen will die Stadt erreichen, dass Bürger:innen vermehrt bioregionale Lebensmittel auf den Wochenmärkten finden können und einkaufen?**

Die Frankfurter Wochenmärkte bieten in der Regel die Möglichkeit bioregionale Lebensmittel zu erwerben. Wir wollen die Wochenmärkte stärken und erhalten. Dies kann bei den von den Hafen- und Marktbetrieben

veranstalteten Wochenmärkten z.B. über die Standgebühren geschehen. Eine Beschränkung auf Anbieter bioregional erzeugter Lebensmittel wird von uns nicht befürwortet.

2. Ist eine Subventionierung der Stände für bio-regionale Erzeuger:innen geplant und wenn ja, in welchem Rahmen?

Eine Anpassung der Standgebühren ist sinnvoll, wenn ansonsten keine Marktbesucher gefunden werden. Zudem kann es Sinn machen zwischen den Anbietern gastronomischer Leistungen und anderen Anbietern zu unterscheiden. Eine einseitige Subventionierung bio-regionaler Erzeuger:innen wird von uns nicht unterstützt.

Etablierung eines House of Food als Umschlagsplatz durch den Ernährungsrat Frankfurt

Fragen:

1. Wie will Ihre Partei in der nächsten Amtsperiode die Etablierung und langfristige Förderung des House of Food Frankfurt unterstützen – etwa durch die Bereitstellung einer Immobilie oder die strukturelle Einbindung in die städtische Ernährungs- und Nachhaltigkeitspolitik?

Bioregionale Lebensmittel finden den Weg in den Einzelhandel oder in die Direktvermarktung. Zudem steht die Großmarkthalle als Umschlagplatz für Lebensmittel zu Verfügung. Wenn Erzeuger:innen oder Erzeugergemeinschaften für eine verbesserte Marktdurchdringung einen zentralen Umschlagplatz benötigen, so ist die Stadt Frankfurt gerne bei der Suche nach einer geeigneten Immobilie zu einem angemessenen Preis behilflich. Zuständig dafür ist die Wirtschaftsförderung. Eine direkte finanzielle Unterstützung eines House of Food ist nicht die Aufgabe der Stadt Frankfurt und wird von der SPD nicht unterstützt.

2. In welcher Weise soll die Stadt Frankfurt, das Ihrer Meinung nach in Zukunft unterstützen? Siehe oben

Maßnahmen zur Förderung von gemeinnützigen kommunalen Stadtteilküchen zur Stärkung der Ernährungssicherheit in Frankfurt

Frage:

Durch welche Maßnahmen wollen Sie die Einrichtung kommunaler Stadtteilküchen (in Berlin z.B. "Lebensmittelpunkte" mit weit größerem Angebot) ermöglichen und bereits bestehende, meist ehrenamtlich getragene Angebote zuverlässig fördern?

Sogenannte Stadtteilküchen können in der Tat positive Effekte auf die Versorgungssituation für bedürftige Menschen in den Stadtteilen haben. Städtisch betriebene Stadtteilküchen sind aktuell nicht geplant. Bestehende Angebote werden ehrenamtlich getragen und, wie das Beispiel der ADA-Kantine zeigt, auch materiell und immateriellen (Gebäude) gefördert. Eine Vollfinanzierung durch die Stadt Frankfurt ist aber weder geplant noch realistisch.

Bei einer städtischen Unterstützung stellt sich grundsätzlich die Frage, wie sichergestellt wird, dass in erster Linie wirklich bedürftige Menschen von solchen Angeboten profitieren können und die Stadtteilküchen keine Konkurrenz zu den vorhandenen gastronomischen